

Europapapier der CDU im Rhein-Kreis Neuss

Beschluss des Europa-Kreisparteitags vom 06.10.2018

Die Zukunft Europas erfolgreich gestalten - für unsere Region im Herzen Europas!

Seit mehr als 70 Jahren leben wir in der Mitte Europas in Frieden und Freiheit. Dieser Umstand, den wir heute vielfach als selbstverständlich empfinden, ist vor allem auf die Erkenntnis und das Bewusstsein zurückzuführen, dass nur eine enge Zusammenarbeit der Völker Europas dauerhaft für Frieden bei uns sorgen kann. In der Nachkriegszeit stehen vor allem die Namen Konrad Adenauer, Robert Schumann und Charles de Gaulle für das Bemühen um eine Aussöhnung zwischen den Nachbarländern Deutschland und Frankreich. Sie legten nicht zuletzt aus dieser Motivation heraus die Grundsteine für das, was wir heute als Europäische Union kennen. Die Europäische Union ist daher zu allererst ein Friedensprojekt – ein Projekt, für dessen Erfolg wir uns als Christlich Demokratische Union auch in der Zukunft mit ganzer Kraft einsetzen werden.

Gleichwohl nehmen wir zur Kenntnis, dass Akzeptanz und Unterstützung für das Europäische Projekt in der Bevölkerung gestärkt werden können – und müssen. Wir müssen Sorgen und Kritik ernst nehmen. Europa muss sich vor allem um die Dinge kümmern, die tatsächlich eines einheitlichen europäischen Vorgehens bedürfen. Der Grundsatz der Subsidiarität muss stärker Beachtung finden. Es ist unverzichtbar, dass wir in diesem Sinne aktiv weiter am Haus Europa bauen und die Europäische Union damit noch besser und geachteter in der Bevölkerung machen.

Zu wichtigen Herausforderungen der Zukunft stellen wir fest:

I. Wirtschaft in Europa

- Wir brauchen ein klares Bekenntnis für Europa und die Chancen und Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Als Rhein-Kreis Neuss liegen wir im Herzen von Europa. Wir haben kurze Wege in die Niederlande und nach Belgien. Unsere heimische Wirtschaft lebt vom intensiven Austausch mit unseren europäischen Nachbarn. Die Europäische Union ist auch vor diesem Hintergrund ein wichtiger Motor für Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität in unserer Heimat.
- Der Euro ist sichtbares und greifbares Zeichen des Zusammenwachsens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es war daher richtig, dass im Zusammenhang mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise enorme Anstrengungen unternommen wurden, die gemeinsame Währung zusammenzuhalten. Wichtig ist es nun, die eingeschlagenen Reformschritte konsequent fortzusetzen. Die Prinzipien von Haftung und Eigenverantwortung müssen dabei leitend sein. Das Ergebnis muss den Anforderungen der nationalen Parlamente und der Verfassungen entsprechen. Der Schlüssel zu einer Verbesserung der Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion liegt dabei in einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Binnenmarktes. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab. Eine deutliche Vereinfachung bei den Anforderungen für Europäische Förderprogramme halten wir gerade im Interesse kleinerer Regionen wie unserer für unerlässlich.

- Wir hoffen, dass der – von uns nicht gewünschte – Brexit mit einem interessengerechten Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich seinen Abschluss findet. Dabei müssen die übrigen Mitgliedsstaaten aber konsequent darauf achten, dass übernommene Verpflichtungen eingehalten und die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (Freizügigkeit von Personen, Dienstleistungen, Waren und Finanzen) nur als Paket gesehen werden können, dabei ist Planungssicherheit für alle Betroffenen, insbesondere für die Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss unerlässlich. Die unmittelbaren Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss sind dabei nicht gravierend. Prognostiziert ist eine Absenkung um 2% der Wirtschaftsleistung. Schwerwiegender werden die politischen Auswirkungen und Signale betrachtet, die mit dem Brexit einhergehen.

II. EU-Außen- und Sicherheitspolitik

- Europa muss in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen. Bei der Bewältigung internationaler Krisen werden wir nur im Verbund mit unseren europäischen Partnern wahrgenommen. Wir wollen dabei als größte Nation der Europäischen Union auch in der gemeinsamen Außenpolitik eine aktive Rolle spielen und unsere Verantwortung in der Welt zum Schutz von Frieden und Freiheit wahrnehmen.
- Die CDU im Rhein-Kreis Neuss setzt sich für einen Ausbau des föderalen und internationalen Austausches relevanter Daten zwischen den Polizeibehörden ein, um die organisierte Kriminalität und terroristischen Aktivitäten effektiv bekämpfen zu können. Dazu muss die Anpassung der Datenerfassungssysteme zur technisch gestützten Sammlung und Auswertung der benötigten Daten gefördert werden.
- Ferner müssen Institutionen wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und das Schengener Informationssystem gestärkt und die Zusammenarbeit auf Bundesebene intensiviert werden, um auch innerhalb des Schengen-Raumes eine effektive Überwachung gewährleisten zu können. Zum Schutz dieses Raumes ist zudem die Überwachung der Außengrenzen auszubauen (Ausbau von Frontex).
- Zur Stärkung der Sicherheitspolitik in Europa ist die Weiterführung der engen Kooperation mit Großbritannien im Bereich der Nachrichtendienste essentiell. Auch nach dem sich abzeichnenden Brexit ist diese Zusammenarbeit beizubehalten und zu verstärken. Zugleich muss die Bekämpfung der Cyberkriminalität auf europäischer Ebene verstärkt werden.
- Im Gleichklang zur Erweiterung des Datenaustausches sind die Ermächtigungsgrundlagen und Handlungsweisen auf europäischer Ebene zu harmonisieren.
- Die aktuell schon weitreichenden Verknüpfungen im Bereich der nationalen Armeen in der Europäischen Union sind zu fördern, um eine schlagkräftige europäische Verbundarmee aufbauen zu können, die Stärke nach Außen und den daraus resultierenden Frieden im Inneren garantieren kann.

III. Zukunft der EU

- Ein geeintes Europa liegt im deutschen Interesse, denn nur gemeinsam werden wir langfristig Frieden, Sicherheit und Wohlstand auch bei uns garantieren. Die Europäische Union muss dabei ihre Werte, wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte verteidigen und dort, wo diese in Gefahr geraten, entschieden auf die Einhaltung der Verträge unter Ausnutzung der sich hieraus ergebenden Optionen achten.
- Die Europäische Zusammenarbeit soll Schwerpunkte dort setzen, wo der europäische Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger am größten ist. Beispiele sind der Schutz unserer Außengrenzen, eine abgestimmte Außenpolitik oder Zukunftsinvestitionen in digitale Infrastruktur und Bildung.
- Bedeutend für eine Akzeptanz der EU ist, dass ihre Arbeit, die Entscheidungsprozesse und die Einflussmöglichkeiten der Mitgliedstaaten für die Bürger transparenter werden. Die diesbezüglichen Anstrengungen, die Bürger über Funktionsweise und Politik der EU regelmäßig zu informieren, müssen konsequent fortgesetzt und ausgebaut werden.
- Europa wird nur dann eine Zukunft haben, wenn es sein Wohlstandsversprechen bewahrt und erneuert. Die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in einigen südeuropäischen Ländern bereitet uns große Sorge. Wir wollen uns daher auch weiterhin solidarisch zeigen, die Aktivitäten gerade im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ausbauen sowie für Investitionen werben und drängen zugleich darauf, dass notwendige Strukturreformen konsequent umgesetzt werden.
- Die Antwort auf Probleme innerhalb der Europäischen Union kann nicht eine Rückbesinnung auf die Nationalstaaten sein. Vielmehr müssen wir die Herausforderungen aktiv angehen, Europa den Menschen näher bringen und damit die Akzeptanz für das europäische Handeln erhöhen. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang ausdrücklich für eine Stärkung von Subsidiarität und Regionen beim Reformprozess aus.